Wirtschaft fordert bessere Rahmenbedingungen für die Industrie

20.09.16

Wirtschaft fordert bessere Rahmenbedingungen für die Industrie

Dr. Niehage: „Der neue Senat muss Innovationen, Wertschöpfung und Wachstum in den Mittelpunkt stellen“

Die Wirtschaft in der Hauptstadtregion hat die Politik aufgefordert, die Arbeit der deutschen Industrie stärker zu unterstützen, damit sie zukunftsfähig werden kann. „Die Industrie ist das Herz der Wirtschaft, auch in Berlin und Brandenburg. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, noch mehr für Innovationen, Wertschöpfung und Wachstum zu tun. Dann ist die Industrie ein Wirtschaftszweig mit viel Zukunft, gerade in Berlin mit seiner vielfältigen Startup-Szene.“ Das sagte Dr. Udo Niehage, Präsident der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), am Montag zum Auftakt der bundesweiten „Woche der Industrie“.

Auf einer Industriekonferenz diskutierten 200 Vertreter aus Unternehmen, Politik, Verbänden und Gewerkschaften im Haus der Wirtschaft das Thema „Wie die Hauptstadtregion morgen produziert“. Niehage: „Immer mehr Unternehmen in Berlin investieren in ihre digitale Zukunft, und es kommen

neue Unternehmen nach Berlin, um hier ihre digitale Zukunft zu entwickeln. Bereits mehr als 50 Unternehmen haben hier ihre digitalen Einheiten angesiedelt, um an digitalen Produkten, Dienstleistungen und Geschäftsmodellen auch im Umfeld der industriellen Produktion zu arbeiten.“ Berlin könne so für eine besonders enge Kooperation von etablierter Industrie und aufstrebenden Startups stehen.

Der neue Senat müsse diese Entwicklung nun mit den passenden Rahmenbedingungen unterstützen – etwa mit einem Ausbau von Breitbandnetzen oder mehr digitalen Inhalten im Schul- und Hochschulsystem. „Wir haben in unserem Entwurf eines Regierungsprogramms die wichtigsten Punkte genannt. Die Arbeit muss nun unverzüglich beginnen“, erklärte Niehage.

Markus Kerber, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), warb auf der Konferenz für mehr Akzeptanz und Vertrauen in die Industrie. „Der deutschen Politik bleibt nichts anderes übrig, als sich intensiv um die Stärkung des deutschen Wachstumspotenzials zu kümmern – angesichts einer geringeren Dynamik der Weltwirtschaft, wachsenden politischen Risiken in Industrie- und Schwellenländern und der Skepsis dem Freihandel gegenüber.“

Nötig sei etwa, die Forschung steuerlich zu fördern, mehr in die Infrastruktur zu investieren und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die digitalen Wandel zu schaffen. „Die Industrie ist nicht nur ein Problemlöser für die Herausforderungen der Zukunft. Sie beschäftigt direkt jeden fünften Arbeitnehmer in Deutschland. Die Bundesregierung muss sich bis zum Ende der Legislaturperiode weniger um Umverteilung kümmern und mehr um die Stärkung der Industrie.“

Im Rahmen der „Woche der Industrie“ bis zum 25. September finden bundesweit mehr als 300 Veranstaltungen statt. Unternehmen, Gewerkschaften und Politik wollen den Bürgern zeigen, wie in der Industrie gearbeitet wird und wie wichtig der Wirtschaftszweig für die Gesellschaft ist. Der Verein „Netzwerk Zukunft der Industrie“ koordiniert die Aktionen.

Näheres finden Sie auch unter www.uvb-online.de und unter www.ihre-industrie.de

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihre Ansprechpartner

Abteilungsleiter Innovations- und Digitalpolitik

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:

+49 30 31005-160

E-Mail:
Weickert [at] akb-kunststoff.de

Download VCF

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Rhein [at] akb-kunststoff.de

Download VCF